



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 11. September 2026 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Sehr geehrte Damen und Herren,

die parlamentarische Sommerpause ist vorbei – und der politische Betrieb in Berlin ist mit voller Intensität zurück. Dabei liegt ein denkwürdiges Wahlergebnis hinter uns, das uns auch einige Tage später noch in den Knochen sitzt. Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt hat deutlich gemacht, wie groß die Unzufriedenheit bei vielen Menschen ist und wie sehr das Vertrauen in die politische Mitte unter Druck steht. Dieses Ergebnis können und dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen lassen. Es ist für uns Auftrag, noch entschlossener daran zu arbeiten, dass die Menschen wieder spüren: Politik kann Probleme lösen und unser Land zum Besseren verändern.

Passend dazu steht gleich zu Beginn nach der Sommerpause eine der wichtigsten parlamentarischen Wochen des Jahres an: die Haushaltswoche. In erster Lesung beraten wir den Bundeshaushalt für 2027 – unter schwierigen wirtschaftlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen.

Nach Jahren schwachen Wachstums, internationaler Krisen und hohen Belastungen für Bürger und Unternehmen müssen wir einerseits die Konsolidierung der

Staatsfinanzen einleiten und andererseits dort investieren, wo es für die Zukunft unseres Landes entscheidend ist: in Infrastruktur, Sicherheit und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Dabei bleibt klar: Deutschland braucht Reformen. Nicht als Selbstzweck, sondern damit unsere Wirtschaft wieder stärker wächst, Arbeitsplätze und Wohlstand gesichert werden und unsere sozialen Sicherungssysteme auch in einer alternden Gesellschaft verlässlich bleiben. Erste positive Signale aus der Wirtschaft geben Anlass zu vorsichtiger Zuversicht. Jetzt kommt es darauf an, aus diesen kleinen Pflänzchen einen dauerhaften Aufschwung werden zu lassen.

Über diese Haushaltsberatungen, die politischen Debatten der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause und weitere Themen, die mich in den vergangenen Wochen beschäftigt haben, möchte ich Sie in diesem Newsletter informieren.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine interessante Lektüre!

Ihr
Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- **Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: Was jetzt zählt.**
- **Haushaltswoche: Weichen für die Zukunft**
- **Viele Begegnungen am Rande des Plenums**

Nach der Wahl in Sachsen-Anhalt: Was jetzt zählt.

Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wirkt weit über Magdeburg hinaus. Es zeigt, wie groß die Unzufriedenheit mit der politischen Entwicklung unseres Landes bei vielen Menschen inzwischen ist. Für die Parteien der demokratischen Mitte muss das ein deutliches Warnsignal sein. Es reicht nicht, Wahlergebnisse zu analysieren oder sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben. Entscheidend ist, daraus die richtigen Konsequenzen für die praktische Politik zu ziehen.

Dabei geht es um ganz konkrete Fragen: Funktioniert der Staat im Alltag? Kommt die Wirtschaft wieder in Schwung? Bleibt Leistung attraktiv? Sind unsere sozialen Sicherungssysteme auch künftig finanzierbar? Und haben die Menschen das Gefühl, dass ihre Sorgen wahrgenommen und Probleme tatsächlich gelöst werden? Die Antwort darauf kann nicht darin bestehen, für jede Herausforderung neue staatliche Programme oder zusätzliche Ausgaben zu versprechen. Wir müssen Strukturen reformieren, Prioritäten setzen und staatliches Handeln wieder stärker auf das konzentrieren, was wirklich notwendig ist.

Standpunkt: Mich beschäftigt dieses Wahlergebnis sehr. Wer darauf allerdings nur mit der Forderung nach noch mehr staatlichen Leistungen reagiert, greift aus meiner Sicht zu kurz. Politik hat eine große Verantwortung dafür,

vernünftige Rahmenbedingungen zu schaffen und einen handlungsfähigen Staat zu gewährleisten. Gleichzeitig lebt unser Gemeinwesen davon, dass Menschen selbst Verantwortung übernehmen – für sich, für ihre Familien und für ihr unmittelbares Umfeld.

Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat einmal gefordert, durch Deutschland müsse ein „Ruck“ gehen. Vielleicht lohnt es sich, diesen Gedanken heute wieder stärker in Erinnerung zu rufen. Denn gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht allein durch Gesetze und staatliche Leistungen. Er entsteht auch dort, wo Menschen sich ehrenamtlich engagieren, Verantwortung in Vereinen übernehmen, Nachbarn unterstützen oder sich bei Feuerwehr und Rettungsdiensten für andere einsetzen.

Wie unterschiedlich das aussehen kann, zeigt ein Beispiel aus der Berichterstattung über Sachsen-Anhalt: In Bornstedt, einem Ort mit rund 780 Einwohnern, gibt es lediglich fünf aktive Einsatzkräfte bei der örtlichen Feuerwehr. Bei einem Feuerwehrjubiläum in einem nur wenig größeren Ort in meinem Wahlkreis konnte dagegen mit Stolz auf rund 30 Männer und Frauen in der Einsatzabteilung verwiesen werden. Solche Unterschiede haben viele Ursachen und sollten nicht vorschnell bewertet werden. Sie zeigen aber, wie wichtig bürgerschaftliches Engagement für die Lebensqualität und den Zusammenhalt gerade in kleineren Gemeinden ist.

Für mich gehört deshalb beides zusammen: Die Politik muss ihre Aufgaben erfüllen und die notwendigen Reformen anpacken. Gleichzeitig sollten wir wieder stärker darüber sprechen, welchen Beitrag jeder Einzelne leisten kann.

Ein leistungsfähiges und solidarisches Land entsteht am Ende nicht allein in Parlamenten und Ministerien, sondern überall dort, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. •

Haushaltswoche: Weichen für die Zukunft stellen.

Gleich in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause stand mit der ersten Beratung des Bundeshaushalts 2027 eines der wichtigsten parlamentarischen Vorhaben des Jahres auf der Tagesordnung. Es ist bereits der dritte Haushalt unserer Koalition – und angesichts der wirtschaftlichen und internationalen Rahmenbedingungen zugleich einer der anspruchsvollsten.

Mit dem Haushaltsentwurf gelingt der Einstieg in die notwendige Konsolidierung der Bundesfinanzen. Die Bundesministerien haben Einsparvorgaben in Höhe von insgesamt vier Milliarden Euro umgesetzt. Gleichzeitig halten wir die Investitionen mit mehr als 117 Milliarden Euro auf einem hohen Niveau. Damit setzen wir wichtige Schwerpunkte bei der Modernisierung unserer Infrastruktur und bei der Stärkung der Sicherheit unseres Landes, insbesondere durch die weitere Ertüchtigung der Bundeswehr.

Die finanzpolitische Ausgangslage bleibt dennoch herausfordernd. Für 2027 ist – einschließlich der Nettokreditaufnahme sowie der Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität und für die Bundeswehr –

eine Neuverschuldung von insgesamt 203,6 Milliarden Euro vorgesehen. Die kommenden Haushaltsberatungen werden deshalb auch davon geprägt sein, wie wir die Neuverschuldung in den nächsten Jahren wieder schrittweise begrenzen können.

Standpunkt: *Ein verantwortungsvoller Haushalt muss beides leisten: Er muss dort investieren, wo wir unser Land modernisieren und seine Sicherheit gewährleisten müssen, und zugleich dafür sorgen, dass die staatlichen Finanzen dauerhaft tragfähig bleiben.*

Der Einstieg in die Konsolidierung ist deshalb richtig. Er kann aber nur ein erster Schritt sein. Denn auf Dauer können wir finanzpolitische Spielräume nicht allein durch neue Schulden schaffen. Entscheidend ist, dass Deutschland wieder stärker wächst. Dafür brauchen wir wettbewerbsfähige Unternehmen, mehr private Investitionen und weitere strukturelle Reformen.

Gerade mit Blick auf kommende Generationen müssen wir darauf achten, dass die steigenden Zinslasten nicht immer größere Teile unserer finanziellen Möglichkeiten binden. Unser Ziel muss deshalb sein, Investitionen und notwendige Reformen miteinander zu verbinden und so Schritt für Schritt wieder zu nachhaltigeren Staatsfinanzen zurückzukehren. Der Bundeshaushalt darf nicht nur die Aufgaben von heute finanzieren – er muss auch die Grundlage dafür schaffen, dass unser Land wirtschaftlich stark und politisch handlungsfähig bleibt. •

Migration: Sinkende Asylzahlen und neue europäische Ansätze.

Bei der irregulären Migration zeichnet sich eine spürbare Veränderung ab. Im ersten Halbjahr 2026 wurden in der Europäischen Union sowie Norwegen und der Schweiz rund 332.000 Asylanträge gestellt – 17 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum und, abgesehen von den Corona-Jahren, der niedrigste Stand seit 2019. Besonders deutlich ist der Rückgang in Deutschland: Mit rund 54.000 Anträgen waren es etwa halb so viele wie im ersten Halbjahr 2025. Deutschland liegt damit hinter Frankreich, Italien und Spanien nur noch auf Platz vier der europäischen Zielländer. Als eine mögliche Ursache nennt der Bericht unter anderem die verstärkten Grenzkontrollen. Auch die Zahl der von der Bundespolizei registrierten unerlaubten Einreisen ist zuletzt deutlich zurückgegangen.

Damit sind die Herausforderungen allerdings nicht gelöst. Ende Juni waren europaweit noch rund 770.000 Asylverfahren in erster Instanz offen, viele davon bereits seit mehr als sechs Monaten. Gleichzeitig arbeiten mehrere EU-Staaten offenbar an einem weiteren Baustein einer restriktiveren europäischen Migrationspolitik: Nach einem Bericht der *Bild* treibt insbesondere Griechenland sogenannte „Return Hubs“ in sicheren afrikanischen Drittstaaten voran. Dort könnten künftig ausreisepflichtige Migranten untergebracht werden. Auch Deutschland soll an entsprechenden Überlegungen beteiligt sein.

Die Gespräche mit möglichen Partnerstaaten laufen dem Bericht zufolge noch.

Standpunkt: Die Entwicklung der Asylzahlen ist ein ermutigendes Signal. Sie zeigt, dass eine konsequentere Steuerung und Begrenzung von Migration Wirkung entfalten kann. Dazu gehören wirksame Kontrollen ebenso wie das klare Signal, dass nicht jeder, der irregulär nach Europa kommt, automatisch bleiben kann. Entscheidend ist jetzt, diesen Kurs verlässlich fortzusetzen und gleichzeitig die noch immer langen Asylverfahren deutlich zu beschleunigen.

Auch bei Rückführungen müssen wir in Europa handlungsfähiger werden. Wenn Menschen kein Aufenthaltsrecht haben, muss eine Rückkehr am Ende tatsächlich erfolgen. Rückkehrzentren außerhalb der Europäischen Union können dabei ein sinnvoller zusätzlicher Ansatz sein, sofern sie rechtssicher ausgestaltet werden, menschenrechtliche Standards gewährleisten und auf einer echten Partnerschaft mit sicheren Drittstaaten beruhen. Gerade gegenüber afrikanischen Staaten darf Zusammenarbeit nicht auf die Rolle als Empfänger europäischer Migrationspolitik reduziert werden. Solche Vereinbarungen müssen deshalb Teil breiterer und für beide Seiten tragfähiger Partnerschaften sein.

Der Rückgang der Zahlen ist ein wichtiger Fortschritt – aber noch kein Grund, sich zurückzulehnen. Eine dauerhafte Wende in der Migrationspolitik gelingt nur, wenn wir Außengrenzschutz, schnelle Verfahren, wirksame Rückführungen und Kooperationen mit Herkunfts- und Transitstaaten konsequent zusammendenken. •

Afrika im Blick: Austausch mit Partnern aus Ostafrika.

Auch in dieser Sitzungswoche nahm meine Arbeit zu Afrika wieder breiten Raum ein. So traf ich mich mit Franziska Kühl, die künftig das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda leiten wird. Für meine Arbeit im Auswärtigen Ausschuss und als Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der regelmäßige Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der politischen Stiftungen vor Ort besonders wertvoll. Sie sind nah an den politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und wichtige Ansprechpartner für unsere parlamentarische Arbeit.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete in dieser Woche der Austausch mit einer Delegation junger außenpolitischer Fachleute aus Kenia, die auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem mehrtägigen Dialogprogramm in Berlin zu Gast war. Zu der Gruppe gehörten unter anderem Mitarbeiterinnen des kenianischen Außenministeriums sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Thinktanks und der International Relations Society of Kenya. Das Programm stand unter der Frage, wie eine freie, regelbasierte internationale Ordnung in Zeiten wachsender geopolitischer Unsicherheit gestärkt werden kann.

Bei unserem Gespräch im Deutschen Bundestag ging es insbesondere darum, wie wir die Partnerschaft zwischen Europa und Afrika in einer sich verändernden Welt

weiterentwickeln können. Sicherheit, die Zukunft des Multilateralismus und die gemeinsame Verantwortung für eine stabile internationale Ordnung standen dabei im Mittelpunkt. Kenia kommt als wichtigem politischen Akteur in Ostafrika und als verlässlichem Partner Deutschlands eine besondere Bedeutung zu. Gerade deshalb sollten wir unsere Beziehungen nicht auf klassische Entwicklungszusammenarbeit verengen, sondern stärker als umfassende politische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partnerschaft verstehen.

Besonders interessant war für mich dabei die Perspektive der jungen Generation. Außenpolitik funktioniert dauerhaft nur, wenn wir nicht ausschließlich über Afrika sprechen, sondern vor allem mit unseren afrikanischen Partnern. Der offene Austausch mit jungen Diplomatinen und Diplomaten sowie außenpolitischen Fachleuten darüber, wie sie die Veränderungen der internationalen Ordnung und die Rolle Europas wahrnehmen, liefert dafür wertvolle Impulse. Genau solche persönlichen Netzwerke wollen wir weiter ausbauen. •

Diplomatischer Austausch von Wellington bis Baku.

Zu meiner Arbeit im Auswärtigen Ausschuss gehört der regelmäßige Austausch mit den diplomatischen Vertretungen in Berlin. In dieser Woche konnte ich gleich zwei solche Gespräche führen: mit der neuen neuseeländischen Botschafterin Jane Coombs sowie mit dem aserbaidschanischen Botschafter Nasimi Aghayev.

Mit Botschafterin Coombs, die ihr Amt in Deutschland in diesem Jahr übernommen hat, sprach ich über die traditionell engen Beziehungen zwischen Deutschland und Neuseeland und darüber, wie wir diese weiter vertiefen können. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt ist das seit 2024 geltende Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und Neuseeland, das gerade für deutsche Unternehmen neue Chancen eröffnet. Daneben ging es um die Zusammenarbeit bei Zukunftstechnologien und grünem Wasserstoff sowie um sicherheitspolitische Fragen im Indo-Pazifik. Neuseeland ist trotz der großen geografischen Entfernung ein enger Wertepartner, der sich gemeinsam mit uns für eine regelbasierte internationale Ordnung einsetzt und die Ukraine auch sicherheitspolitisch unterstützt.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete mein Gespräch mit dem aserbaidischen Botschafter Nasimi Aghayev. Die deutsch-aserbaidischen Beziehungen haben zuletzt neue Dynamik gewonnen: Erst im Juli vereinbarten beide Länder eine strategische Agenda für ihre bilaterale Partnerschaft. Im Mittelpunkt unseres Austauschs standen deshalb die weitere wirtschaftliche und energiepolitische Zusammenarbeit, die Bedeutung Aserbaidschans als Bindeglied zwischen Europa und Zentralasien sowie vor allem die Entwicklung im Südkaukasus.

Besonders wichtig ist dabei der inzwischen weit vorgeschrittene Friedensprozess zwischen Aserbaidschan und Armenien. Nach Jahrzehnten des Konflikts eröffnet die Annäherung die Chance auf

dauerhaften Frieden, wirtschaftliche Zusammenarbeit und neue Verkehrsverbindungen in der gesamten Region. Deutschland unterstützt diesen Prozess ausdrücklich. Entscheidend wird nun sein, das entstandene Vertrauen weiter auszubauen und die vereinbarten Schritte konsequent umzusetzen.

Beide Gespräche haben einmal mehr gezeigt, wie wichtig der persönliche diplomatische Austausch gerade in einer Zeit ist, in der sich internationale Partnerschaften und geopolitische Gewichte neu ordnen. •

Vier Tage Politik und Geschichte in der Hauptstadt.

Knapp 40 Gäste aus meinem Wahlkreis waren in dieser Woche für vier Tage zu einer politischen Informationsfahrt des Bundespresseamtes in Berlin zu Gast. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist eine solche Fahrt eine gute Gelegenheit, die Arbeit des Deutschen Bundestages, politische Institutionen und zugleich die wechselvolle Geschichte unserer Hauptstadt aus nächster Nähe kennenzulernen.

Natürlich durfte dabei auch der Besuch im Deutschen Bundestag nicht fehlen. Bei unserem persönlichen Austausch konnte ich über meine Arbeit als Abgeordneter berichten und mit den Gästen über aktuelle politische Themen und Anliegen aus dem Wahlkreis ins Gespräch kommen. Gerade dieser direkte Austausch ist mir besonders wichtig.



Darüber hinaus bot das abwechslungsreiche Programm zahlreiche weitere Einblicke. Ein Besuch beim Technischen Hilfswerk zeigte eindrucksvoll, welchen wichtigen Beitrag die vielen haupt- und ehrenamtlichen Kräfte dort zum Bevölkerungsschutz leisten. In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen wiederum stand ein besonders dunkles Kapitel der deutschen Geschichte im Mittelpunkt. Insgesamt waren es vier intensive Tage mit vielen Eindrücken aus Politik, Zeitgeschichte und dem heutigen Berlin.

Ich habe mich sehr über den Besuch aus der Heimat und die vielen guten Gespräche gefreut – und hoffe, dass alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit vielen neuen Eindrücken nach Hause zurückgekehrt sind. •

Die gute Nachricht der Woche I Milliardeninvestitionen und eine stärkere Partnerschaft.

Ein starkes Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland kam in dieser Woche aus den Vereinigten Arabischen Emiraten:

Im Rahmen des Staatsbesuchs von Präsident Scheich Mohammed bin Zayed Al Nahyan wurde angekündigt, dass die Emirate 40 Milliarden Euro in Deutschland investieren wollen. Im Mittelpunkt stehen dabei wichtige Zukunftsfelder wie Künstliche Intelligenz und Energie. Vereinbart wurden zudem Investitionen in Rechenzentren und eine engere Zusammenarbeit bei Informationssystemen.

Deutschland und die Vereinigten Arabischen Emirate wollen ihre Beziehungen darüber hinaus auf eine breitere strategische Grundlage stellen.

Ein neues Dialogformat soll die Zusammenarbeit unter anderem in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung, Energie und Klima, Kultur und Verkehr koordinieren. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen sollen weiter vertieft werden. Für Deutschland ist das eine gute Nachricht: Gerade in einer Zeit, in der wir dringend mehr Wachstum und private Investitionen benötigen, zeigt die Ankündigung, dass unser Land international weiterhin als attraktiver und technologisch leistungsfähiger Wirtschaftsstandort wahrgenommen wird.

Zu einer engen Partnerschaft gehört für mich allerdings auch, schwierige Themen offen anzusprechen.

Deshalb ist es richtig, dass bei den Gesprächen im Kanzleramt auch die Lage im Sudan thematisiert wurde. Beide Staatschefs verurteilten Angriffe auf Zivilisten und forderten die Konfliktparteien auf, die militärischen Operationen einzustellen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit und ein klarer außenpolitischer Dialog gehören für mich zusammen. Umso erfreulicher ist es, dass die deutsch-emiratischen Beziehungen nun auf mehreren Ebenen weiter ausgebaut werden. •

Die gute Nachricht der Woche II **Ein historischer Erfolg für die deutsche Raumfahrt.**

Eine Erfolgsmeldung, die zeigt, welches technologische Potenzial in unserem Land steckt: Dem bayerischen Raumfahrtunternehmen Isar Aerospace ist mit seiner Trägerrakete Spectrum erstmals der erfolgreiche Flug in den Orbit gelungen. Am vergangenen Samstagabend startete die Rakete vom norwegischen Weltraumbahnhof Andøya und erreichte planmäßig die Erdumlaufbahn. Beim ersten Testflug im vergangenen Jahr war sie noch nach rund 30 Sekunden ins Meer gestürzt. Nun gelang der entscheidende nächste Schritt.

An Bord befanden sich mehrere Nutzlasten, darunter fünf kleine Forschungssatelliten und ein Experiment aus einem Förderprogramm der Europäischen Weltraumorganisation ESA. Langfristig soll Spectrum Satelliten für Unternehmen, staatliche

Stellen und Streitkräfte in niedrige Erdumlaufbahnen bringen. Isar Aerospace hat nach eigenen Angaben bereits Aufträge im Wert von mehreren hundert Millionen Dollar und ist bis 2028 weitgehend ausgebucht.

Der Erfolg ist deshalb weit mehr als eine beeindruckende technische Leistung. Ein eigener, verlässlicher Zugang zum Weltraum ist für Europa längst eine Frage technologischer und strategischer Souveränität. Bislang ist Europa bei Satellitenstarts stark auf Anbieter aus anderen Teilen der Welt angewiesen.

Dass ein junges deutsches Unternehmen nun einen solchen Meilenstein erreicht, ist ein starkes Zeichen für unseren Innovationsstandort. Es zeigt: Wenn Unternehmergeist, Forschung und der Mut zum Risiko zusammenkommen, kann Deutschland auch bei Schlüsseltechnologien international an der Spitze mitspielen. •